

Mitsprache und Chancengleichheit von Anfang an

Zehn Schulen wollen die Kinderrechte im Alltag verankern / Modellprojekt mit Unicef

bie. KRONBERG. Alle Kinder haben Rechte. Welche man ihnen streitig macht, hängt von den Lebensumständen ab. Was eine Kindheit in Vietnam, im Sudan oder in den Armenvierteln Kairo's heißen kann, weiß Ann Kathrin Linsenhoff von ihren Hilfsprojekten. Das von ihrer Stiftung angestoßene neue Unicef-Modellschul-Netzwerk Kinderrechte richtet sich hingegen an die Sechs- bis Zwölfjährigen im Rhein-Main-Gebiet und damit gewissermaßen direkt vor der Haustür.

„Von der 1989 verabschiedeten Konvention der Vereinten Nationen haben auch hier viele noch nie gehört“, sagte die hessische Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) gestern zum Auftakt des auf zwei Jahre angelegten Projekts. Wie wichtig die Kinderrechte seien, hätten zuletzt die Vorfälle in Internaten und Kirchen gezeigt, in denen sich Erwachsene darüber

hinweggesetzt hätten. Zehn Modellschulen in Darmstadt, Frankfurt, Hanau, Hattersheim, Langen, Oberursel, Offenbach und Wiesbaden beteiligen sich mit ihren dritten bis sechsten Klassen an dem Projekt. Ziel ist, die Rechte der Kinder zum festen Bestandteil des Schulprofils zu machen. Praxismappen mit Arbeitsblättern erleichtern dabei den Einstieg.

In den nächsten Monaten folgen dann Fortbildungen für Lehrer und Kinder, spezielle Unterrichtsstunden, die spielerische Umsetzung des Themas mit Kunstlern und Pädagogen, fächerübergreifende Projektwochen, die Einführung neuer Beteiligungsformen wie einem Klassenrat oder die Anleitung der Kinder zum bürgerschaftlichen Engagement in der eigenen Gemeinde oder für Kinder in Krisengebieten. Durch den Zusammenschluss in einem regionalen Netzwerk können sich

die Schulen untereinander austauschen. Die Schulen erproben die bereitgestellten Werkstattmaterialien im Unterricht und erarbeiten Standards für kindergerechte Schulen. So gibt ein Praxisbuch Hilfe für die Umsetzung im Unterricht: Kinderrechte lassen sich mit statistischen Zahlen im Mathematikunterricht ebenso unterbringen wie im Biologieunterricht, wo es um das Recht auf eine gesunde Umwelt gehen könnte.

Ein Fachbeirat unter Leitung von Lothar Krappmann, UN-Beauftragter für die UN-Kinderrechtskonvention, begleitet und bewertet das Projekt. Beteiligte sind Unicef Deutschland, die Ann-Kathrin-Linsenhoff-Unicef-Stiftung und der Frankfurter Verein „Macht Kinder stark für Demokratie“ (Makista). Finanzielle Unterstützung in Form von zunächst 110 000 Euro kommt von der Stiftung

Flughafen Frankfurt für die Region. Auch wenn es den Kindern in Deutschland vergleichsweise gut gehe, seien auch hierzulande immer mehr benachteiligt, sagte Linsenhoff. Sie nannte es nicht hinnehmbar, dass Kinder ein höheres Armutsrisiko hätten als Erwachsene. Deshalb gehe es vor allem um Chancengleichheit. Unicef betreue mit dem Projekt Neuland, sagte Deutschland-Geschäftsführer Christian Schneider. Deshalb müsse man erst Erfahrungen sammeln.

Der Einsatz für die ärmsten Länder werde dadurch aber nicht zurückgestellt. Ebenso wie Linsenhoff bezeichnete auch Schirmherrin Henzler die zehn Modellschulen nur als Anfang. „Wir werden sehen, wie wir das Kinderrechte-Netzwerk auf ganz Hessen und vielleicht darüber hinaus ausdehnen können“, sagte die Kultusministerin.